

LEOPOLDINUM PASSAU

Grundwissen Geschichte 9. Jahrgangsstufe

Die folgende Aufstellung enthält das Grundwissen im Fach Geschichte für die 9. Jahrgangsstufe sowohl in knapper tabellarischer Übersicht wie auch als ausführliche Darstellung zum besseren Verständnis der Zusammenhänge.

Alle **fett gedruckten Begriffe** stammen aus dem Grundwissenskatalog des Lehrplans und können jederzeit abgefragt werden.

tabellarische Übersicht

1. Die Weimarer Republik

1918 Novemberrevolution	Umsturz der politischen Machtverhältnisse in Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs in den ersten Novembertagen; am 9. November in Berlin; Sturz der Monarchie, Ausrufung der Republik; Entscheidung für parlamentarische Demokratie;
Weimarer Verfassung	Trat am 11. August 1919 in Kraft; Deutschland wurde parlamentarische Republik; Volkssouveränität;
Inflation	(lat. Aufblähung) starke Vermehrung der Geldmenge, anhaltende Geldentwertung; massive Preissteigerung; 1923 Hyperinflation (über 50 Prozent Preisanstieg in einem Jahr); Ende 1923 Währungsreform;
1923 Hitlerputsch	8./9. November in München; gescheiterter Versuch, die Reichsregierung abzusetzen; Verhaftung Hitlers, aber nur mildes Urteil und kurze Haftstrafe, zeigt die starke Voreingenommenheit der Justiz;

2. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

1929 Weltwirtschaftskrise	25. Oktober Börsenkrach in den USA, ausgelöst durch Spekulationen und Überproduktion; Übergreifen auf Europa; Folgen: Konkurse, Bankenpleiten, enormer Anstieg der Arbeitslosigkeit, soziale und politische Krise;
30.1.1933 Hitler wird Reichskanzler	Ernennung Hitlers als Führer der stärksten Partei im Reichstag, der NSDAP, zum Reichskanzler; Versuch, Hitler für konservative Zwecke einzuspannen schlug fehl;
„Machtergreifung“	Propagandabegriff der Nationalsozialisten für die Übertragung der Macht auf Hitler und den darauffolgenden Machtaufbau; 1933 wurden grundlegende Bestimmungen der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt; korrektere Bezeichnungen: „Machtübertragung“ oder „Machtübergabe“
Nationalsozialismus	Rechtsradikale politische Bewegung und Ideologie, die 1933 zum Aufbau einer Diktatur und zum Ende der Weimarer Demokratie führte; grundlegende Bestandteile der Ideologie sind Antisemitismus, Rassismus, extremer, expansiver Nationalismus und das Führerprinzip
„Drittes Reich“	Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland 1933 bis 1945; Bezug auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und das Deutsche Kaiserreich als erstes bzw. zweites Reich; auch Bezüge zu biblischen Vorstellungen, Darstellung des Nationalsozialismus als Vollendung der deutschen Geschichte;
1933 „Ermächtigungsgesetz“	„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, 23. März 1933; Selbstentmachtung des Reichstags, Aufhebung der Gewaltenteilung;

	teilung; Übertragung umfassender Befugnisse an die Exekutive;
„Gleichschaltung“	Ausrichtung des gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens auf die Ideologie der Nationalsozialisten; Aufhebung des Pluralismus; Ausschalten aller Machtzentren neben der Regierung, der Partei oder den Parteiorganisationen;
Antisemitismus	Antijüdische Bewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Verbindung der antiken und mittelalterlichen Judenfeindschaft mit dem sozialdarwinistisch begründeten Rassismus;
„Nürnberger Gesetze“	Zwei Gesetze von 1935, die Juden Staatsbürgerrechte aberkannten und eheliche und geschlechtliche Beziehungen zu „Ariern“ verboten;
9./10.11.1938 Pogromnacht	Ältere Bezeichnung „Reichskristallnacht“; Anschläge auf jüdische Einrichtungen; in der Folge Vernichtung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen vieler Juden, „Arisierungen“;
Münchener Abkommen	29. September 1938, Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland, das eine Lösung der „Sudetenkrise“ herbeiführen sollte: Abtretung der von deutschen besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei (Sudetenland) an Deutschland; Ausdruck der „Appeasement“-Politik;
1.9.1939 Beginn des Zweiten Weltkriegs	Überfall auf Polen, in der Folge Kriegserklärung Frankreichs und Großbritanniens an Deutschland; rasche Ausweitung zum Weltkrieg;
Systematische Vernichtung der Juden (Holocaust, Shoah)	„Endlösung“ der „Judenfrage“: Deportation und physische Vernichtung der europäischen Juden ab 1941, Völkermord, vor allem in Vernichtungslagern in den besetzten Ostgebieten; zum überwiegenden Teil durchgeführt in Gaskammern und Krematorien; Symbol der äußerst menschenverachtenden Umsetzung der NS-Rassenideologie wurde das Lager Auschwitz;
Konzentrations- und Vernichtungslager	Massengefängnisse für Menschen, die nicht den politischen, ideologischen, rassistischen oder sozialen Vorstellung der Nationalsozialisten entsprachen; Haft, Misshandlung und Ermordung der Insassen; ab 1938 Einsatz der Häftlinge zur Zwangsarbeit; vor allem in den im Osten errichteten Vernichtungslagern wurden bis Ende des Krieges etwa 6 Millionen Menschen getötet;
Widerstand	Widerstand gegen den Missbrauch und die Willkür staatlicher, monarchischer oder kirchlicher Gewalt; in der Neuzeit entwickelt sich das Widerstandsrecht zum Menschenrecht zur Abwehr diktatorischer staatlicher Gewalt; Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab es von verschiedenen Seiten, mit unterschiedlichen Zielen und Formen, jedoch blieb jeder Widerstand erfolglos;
20.7.1944 Attentat auf Hitler	Erfolgloser Bombenanschlag auf Hitler, durchgeführt vom „Kreisauer Kreis“, zu dem Militärs wie Graf Schenk von Stauffenberg, Bürgerliche und Kirchenvertreter gehörten;
8./9.5.1945 Bedingungslose Kapitulation	Nach dem Selbstmord Hitlers am 30. April im eingeschlossenen Berlin kapitulierte die Wehrmachtsführung bedingungslos; der Krieg war damit in Europa vorbei;

3. Deutschland in der Zeit des Kalten Krieges

Flucht und Vertreibung	Ab 1944 Flucht der Deutschen in den Westen vor der anrückenden Sowjetarmee, erste „wilde“ Vertreibungen; ab 1946 planmäßige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße; etwa 18 Millionen Vertriebene, fast 2 Millionen Tote;
Potsdamer Konferenz	17. Juli bis 2. August 1945; Sowjetunion, Großbritannien und die USA fassten Beschlüsse in Bezug auf Deutschland: - Aufteilung in vier Besatzungszonen, Berlin in vier Sektoren; oberste Regierungsgewalt ist jeweils der Militärbefehlshaber; Alliiertes Kontrollrat in Berlin für gesamtdeutsche Entscheidungen; - Reparationen werden aus den jeweiligen Besatzungszonen ent-

	nommen; - „Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie; - Demilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands;
Entnazifizierung	Versuch, die nationalsozialistische Ideologie aus Deutschland zu entfernen; z.T. sehr unterschiedliche Maßnahmen in den einzelnen Zonen; Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg; Umerziehung der Bevölkerung;
Besatzungszonen	Deutschland als besiegter Feindstaat wurde in drei Besatzungszonen aufgeteilt, aus der britischen und amerikanischen Zone wurde eine vierte, französische gebildet;
1946 Bayerische Verfassung	Volksentscheid und Genehmigung der amerikanischen Militärregierung ermöglichten das Inkrafttreten der demokratischen Verfassung Bayerns;
Währungsreform	Im Juni 1948 Einführung der Deutschen Mark in den Westzonen, kurz darauf der „Ostmark“ in der SBZ; Schritt zur wirtschaftlichen Stabilisierung, aber auch zur Vertiefung der Spaltung;
23.5.1949 Grundgesetz	Inkrafttreten des Grundgesetzes als zunächst provisorische Verfassung für Westdeutschland; Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Föderalismus als Prinzipien; seit 1990 mit Veränderungen weiter gültig;
1949: Gründung der beiden deutschen Staaten	Ausgehend von den Besatzungsmächten und unter dem Einfluss des beginnenden Kalten Krieges Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Mai 1949 als parlamentarisch-demokratische Republik; im Oktober Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Osten als sozialistische Republik unter der Parteidiktatur der SED;
Konrad Adenauer (1876 – 1967)	1917 bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei und Oberbürgermeister von Köln; ab 1946 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone; von 1949 bis 1963 erster Bundeskanzler und wichtigster Politiker der BRD;
Westintegration	Politik Adenauers, die die Integration der BRD in die westliche Staatenwelt anstrebte, um Souveränität für die BRD zu erlangen; 1955 weitgehende Souveränität der BRD, Beitritt zur NATO;
Deutsche Frage	Problem der nationalen Einheit der Deutschen, schon seit dem 19. Jahrhundert bestehend; durch die Teilung 1949 wieder aufgeworfen, erst 1990 deutsche Einheit;
17.6.1953 Aufstand gegen das DDR-Regime	Arbeiterproteste weiteten sich schnell zu einem Volksaufstand gegen das SED-Regime in der DDR unter Walter Ulbricht aus; blutige Niederschlagung durch sowjetische Truppen; bis 1990 17. Juni Nationalfeiertag in der BRD;
1961 Mauerbau	Im August 1961 Errichtung einer Mauer zwischen Ost- und Westberlin durch das DDR-Regime, um die anhaltende Flucht aus der DDR aufzuhalten; Abriegelung der gesamten Grenze für DDR-Bürger; Symbol für die deutsche Teilung;

4. Europa und die Welt in der Zeit des Ost-West-Konflikts

Kalter Krieg	Phase des Ost-West-Konflikts von ca. 1947 bis zum Ende des Ostblocks 1990/1991; Konflikt zwischen den unvereinbaren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemen der USA und der Sowjetunion und ihren jeweiligen Machtbereichen und Einflusssphären;
Blockbildung	Bezeichnung für die Struktur der internationalen Staatenwelt, als sich angeführt von den USA und der UdSSR zwei Machtblöcke bilden;
NATO-Vertrag	(North Atlantic Treaty Organisation, Nordatlantikpakt) 1949 gegründetes militärisches Verteidigungsbündnis einiger west- und mitteleuropäischer Staaten zusammen mit den USA und Kanada;

Warschauer Vertrag	(auch „Warschauer Pakt“) 1955 geschlossenes Verteidigungsbündnis des Ostblocks, bis 1992;
Einigung Europas	Bestreben, nach 1945 künftige Kriege in Europa zu vermeiden und den Nationalismen zu überwinden; Kern war die deutsch-französische Aussöhnung; erste, hauptsächlich wirtschaftlich ausgerichtete Organisationen wie die EGKS und die EURATOM mündeten 1967 in die Europäische Gemeinschaft (EG), aus der die EU hervorging;
Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag	Vertrag, der durch regelmäßige Treffen auf höchster Ebene die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern sollte;
UNO	(United Nations Organisation, Vereinte Nationen), 1945 gegründete Nachfolgeorganisation des Völkerbunds; Hauptsitz in New York; Ziele: Erhalt des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, internationale Kooperation, Schutz der Menschenrechte, humanitäre Hilfe; fast alle Staaten der Welt sind Mitglieder;
Nahostkonflikt	Politische und militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten sowie den Palästinenserorganisationen; Kernfragen sind das Existenzrecht Israels und die Gestalt eines palästinensischen Staates;
Entkolonialisierung	(auch Dekolonialisierung) Phase ab etwa 1945, in der viele ehemalige Kolonien, vor allem in Asien und Afrika, ihre Unabhängigkeit erreichen konnten;
Nord-Süd-Konflikt	Bezeichnung für die Gegensätze, die sich aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefälle zwischen den Industriestaaten und den so genannten Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Mittel- und Lateinamerikas ergaben;

ausführliche Zusammenfassung

1. Die Weimarer Republik

Die weit verbreitete Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit der Bevölkerung entlud sich am Ende des Ersten Weltkriegs in einer revolutionären Welle. Ausgehend von einer Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte in Kiel verbreitete sich die **Revolution in den ersten Novembertagen 1918** über ganz Deutschland. In München stürzte die Monarchie bereits am 7. November, am 9. November erreichte die Revolution Berlin. Der Kaiser wurde zur Abdankung gezwungen und die Republik ausgerufen. In den folgenden Monaten fiel die Entscheidung für eine parlamentarische Demokratie. Anhänger des Räte Modells nach sowjetischem Vorbild versuchten im Spartakusaufstand 1919 erfolglos, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Am 19.1.1919 fanden die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt, bei der erstmals in Deutschland auch Frauen wählen und gewählt werden durften. Fernab vom unsicheren Berlin wurde in Weimar eine **Verfassung** ausgearbeitet, die der Republik auch ihren Namen gab. Die Verfassung, die am 11. August 1919 in Kraft trat, machte Deutschland zu einer parlamentarischen Demokratie mit voller Volkssouveränität und Grundrechten. Die Vertretung des Volkes erfolgte durch die gewählten Abgeordneten des Reichstags. Neben dem Reichskanzler als Regierungschef hatte der Reichspräsident eine starke Stellung.

Die ersten Jahre der Republik waren von großen Schwierigkeiten geprägt. Die Dolchstoßlegende, die den demokratischen Politikern die Niederlage im Ersten Weltkrieg in die Schuhe schob, gehörte dabei zu den politisch schwersten Belastungen. Doch auch wirtschaftlich hatte die junge Republik mit

großen Problemen zu kämpfen, die durch die harten Bestimmungen des Versailler Vertrags noch verschlimmert wurden. Bereits im Krieg beginnend litt Deutschland unter einer galoppierenden **Inflation**, einer Vermehrung der Geldmenge gegenüber einem gleichbleibenden Warenangebot, die zu enormen Preissteigerungen führte. Im Jahr 1923 erreichten die Probleme der Weimarer Republik in ihrer Anfangsphase ihren Höhepunkt. Französische und belgische Truppen besetzten das Ruhrgebiet (wegen Rückständen Deutschlands bei der Bezahlung der Reparationsleistungen), die Reichsregierung rief zum passiven Widerstand auf und versuchte den Generalstreik durch Vermehrung der Geldmenge zu finanzieren. Es kam zur Hyperinflation, in der die Reichsmark ihren Wert völlig verlor. Dieser sogenannte „Ruhrkampf“ musste im Oktober 1923 abgebrochen werden, und eine darauffolgende Währungsreform stabilisierte die Währung wieder. Abertausende Sparer hatten aber ihr gesamtes Vermögen verloren, während sich Schuldner, auch der Staat, ihrer finanziellen Verpflichtungen entledigen konnten.

Den Abbruch des Ruhrkampfes nahm Adolf Hitler, Führer der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), einer rechtsradikalen Splittergruppe aus Bayern, zum Anlass, einen Putschversuch gegen die Reichsregierung in Berlin zu unternehmen. Nach dem Vorbild der italienischen Faschisten, die 1922 in einem „Marsch auf Rom“ dort erfolgreich die Macht übernommen hatten, wollten er und seine Mitverschwörer in einem „Marsch auf Berlin“ die Republik in Deutschland beseitigen. Dieser in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 durchgeführte **Hitlerputsch** scheiterte jedoch, vor allem am Widerstand der bayerischen Polizei. Hitler und einige Mitverschwörer wurden verhaftet, jedoch trafen sie auf eine Justiz, die mit ihnen sympathisierte und ihnen vor Gericht das Podium zu deutsch-völkischer Propaganda bot. Dementsprechend wurde Hitler nur zu der geringen Strafe von 5 Jahren Festungshaft verurteilt, von denen er nur 9 Monate tatsächlich absitzen musste. Die NSDAP wurde auf einige Jahre verboten.

Hitler änderte nun seine Taktik und versuchte, durch eine „legale“ Machtübernahme die Weimarer Republik zu beseitigen, letzten Endes erfolgreich.

2. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Die Phase der relativen Stabilität der Weimarer Republik ab 1924, die so genannten „Goldenen Zwanziger“, endeten abrupt mit der **Weltwirtschaftskrise 1929**. Durch Spekulationen und Überproduktion kam es am 25. Oktober 1929 an der Wall Street in New York zum Börsencrash. Amerikanische Kredite, die bis dahin die relative Stabilität des Finanzkreislaufs ermöglicht hatten, wurden abgezogen, und so weitete sich die Krise zu einer weltweiten aus. Deutschland spürte ab 1930 die vollen Auswirkungen. Banken wurden zahlungsunfähig, viele Betriebe mussten Konkurs anmelden und die Arbeitslosenzahlen stiegen in ungeahnte Höhen, über 6 Millionen am Höhepunkt der Krise.

In dieser Situation brach die von der SPD geführte Regierung auseinander, und es konnte im Reichstag keine demokratische Mehrheit mehr erzielt werden. Es begann die Phase der Präsidialkabinette, Regierungen, die keine Mehrheit im Reichstag hatten und nur vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig waren, der den Reichstag auflösen und in der Zeit bis zu den nächsten Wahlen

Notverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte. Die Demokratie und die demokratische Praxis wurden durch diese Kabinette stark geschwächt.

In dieser Krisenzeit konnte die NSDAP, die einfache Erklärungen und Lösungen propagierte, enorme Erfolge bei den Wahlen verbuchen. Durch eine unermüdliche Wahlkampf­tätigkeit, die Ausnutzung moderner Medien und die brutale Einschüchterung durch die SA („Sturmabteilung“), die Schlägertruppe der Partei, konnte Hitler die NSDAP zur stärksten Partei im Reichstag machen. Am **30. Januar 1933** ernannte Reichspräsident Hindenburg **Hitler zum Reichskanzler**.

Hitler nutzte seine Position aus, um die Wahlen Anfang März massiv zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag angezündet, bis heute ist nicht genau geklärt, von wem. Die Nationalsozialisten nutzen den Brand, um den Reichspräsidenten zum Erlass der „Reichstagsbrandnotverordnung“ am 28.2.1933 zu bringen. In dieser Verordnung wurden die elementaren Grundrechte aufgehoben und der Willkür der Exekutive Tür und Tor geöffnet. Zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz gilt sie als „Verfassungsurkunde“ der NS-Diktatur.

Die Wahlen vom 5. März 1933 brachten der NSDAP zwar nicht die erhoffte absolute Mehrheit, doch zusammen mit den Abgeordneten der DNVP hatten die rechtsgerichteten Parteien die Mehrheit im neuen Reichstag. Am 23. März 1933 verabschiedete dieser Reichstag das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“, das so genannte **Ermächtigungsgesetz**. Es befugte die Reichsregierung, Gesetze zu erlassen, selbst solche, die der Verfassung widersprachen, mit nur geringen Einschränkungen. Damit entmachtete sich der Reichstag selbst, die Gewaltenteilung war damit abgeschafft. Einzig die SPD stimmte dagegen.

Das Ermächtigungsgesetz stellte einen wichtigen Schritt bei der von den Nationalsozialisten so genannten **Machtergreifung** dar, der Übernahme der Macht durch Hitler und seine Partei und den darauf folgenden Machtausbau. Der Begriff suggeriert Eigeninitiative und Stärke, wobei es eigentlich eine Übertragung der Macht an Hitler im Rahmen der Weimarer Verfassung war.

Einmal an der Macht begannen die Nationalsozialisten sofort mit der „**Gleichschaltung**“. Der gesamte Staat sollte auf ihre Ideologie und den Führungsanspruch Hitlers ausgerichtet werden. Alle Einrichtungen, Vereine, Verbände, Strukturen oder Personen, die sich dem Machtanspruch der Nationalsozialisten hätten widersetzen können, sollten ausgeschaltet oder der Partei untergeordnet werden. Dies betraf vor allem Politik, Wirtschaft, die Gesellschaft und die Kultur. So waren bis Mitte 1933 alle Parteien entweder verboten oder hatten sich selbst aufgelöst, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände wurden aufgelöst und alle Arbeitenden in die DAF, die Deutsche Arbeitsfront, überführt. Die Landesregierungen wurden nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom März 1933 umgebildet, später wurden die Länder ganz entmachteter und von Reichsstatthaltern als bloße Verwaltungseinheiten weitergeführt. Alle Verbände wurden entweder in Parteistrukturen übernommen oder aufgelöst, Presse, Kultur, Justiz wurden ebenfalls gleichgeschaltet. Der Pluralismus in Deutschland war damit abgeschafft. Ihren Abschluss fand die Gleichschaltung mit dem Tod des alten Reichspräsidenten Hindenburg 1934. Hitler vereinte – verfassungswidrig – dieses Amt mit seinen bisherigen Positionen, ließ sich ab dann als Führer und Reichskanzler betiteln und vereidigte die Reichswehr auf seine Person.

Die **Ideologie der Nationalsozialisten** war einerseits in ihrem Programm niedergelegt, andererseits waren es aber vor allem Hitlers persönliche Vorstellungen, die Deutschland geprägt haben. Zentral für Hitlers Ideologie waren rasstistische Einstellungen. Hitler sah die Menschen in unterschiedliche und unterschiedlich wertige Rassen aufgeteilt, wobei die Arier die höchste, die Juden die niedrigste Rasse darstellten. Den Juden gab Hitler die Schuld an allen negativen Entwicklungen und unterstellte ihnen eine „jüdische Weltverschwörung“. Er sah sie hinter Kommunismus, Kapitalismus, Demokratie und Parlamentarismus am Werk, um die arische Rasse und damit die ganze Welt in den Untergang zu stürzen. Dazu kam ein übersteigerter Nationalismus, der für die Deutschen die Notwendigkeit nach „Lebensraum im Osten“ sah. Dem Parlamentarismus als Ordnungsprinzip gegenübergestellt wurde das Führerprinzip, das nicht nur auf den Staat, sondern auch auf alle Bereiche der Gesellschaft angewandt wurde. Ein Führer, dem unbedingter Gehorsam zu leisten ist, steht an der Spitze der Befehlshierarchie und stellt mit seinem Willen die Einheit von Regierten und Regierung her. Die Volksgemeinschaft sollte alle Deutschen umfassen, und sie zu einer Gemeinschaft ohne Standesunterschiede machen. Keines der einzelnen Elemente Hitlers Ideologie war neu, sondern bereits im 19. Jahrhundert formuliert, doch die Zusammenführung aller Teile im Antisemitismus stellte ein Novum dar. Die Konsequenzen dieser ideologischen Vorstellungen waren zum einen die Ausgrenzung, Entrechtung und letztendlich Vernichtung der Juden, aber auch aller „lebensunwerter“ Elemente – Behinderter – im eigenen Volk, was im sogenannten Euthanasieprogramm begonnen wurde. Zum anderen war es für Hitler notwendig und unvermeidlich, Krieg zu führen, vor allem gegen den ideologischen Hauptgegner Sowjetunion. Aufrüstung wurde daher ab 1933 betrieben und stand als Motor hinter einem Großteil des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs.

Das planmäßige Vorgehen gegen die Juden, ihre Diskriminierung und Entrechtung begann bereits 1933. Erste Boykotte jüdischer Geschäfte, Bücherverbrennungen von Werken jüdischer Autoren, das Berufsverbot für jüdische Künstler, die Entfernung jüdischer Beamter aus dem Staatsdienst, die das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ möglich gemacht hatte, stellten die erste Stufe dieses Prozesses dar. Mit den **Nürnberger Gesetzen von 1935** wurde Juden der Status als Staatsbürger aberkannt; sie galten nur noch als Staatsangehörige mit weniger Rechten. Zudem wurden Ehen und außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden verboten und unter Strafe gestellt. Ein weiterer Schritt war die **Reichspogromnacht** vom 9. auf den 10. November 1938. Das Attentat eines Juden auf einen deutschen Botschaftsangehörigen in Paris lieferte den Vorwand für planmäßige, deutschlandweite Angriffe auf Synagogen, andere jüdische Einrichtungen und Personen. In der Folge wurden die Juden aus dem Wirtschaftsleben entfernt und ihnen damit auch die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Ab 1939 kamen mit dem Krieg und vor allem den Eroberungen im Osten Millionen von Juden unter deutsche Herrschaft, was aus der Sicht der nationalsozialistischen Ideologie ein Problem aufwarf, das durch die sogenannte Endlösung, das heißt die physische Vernichtung der Juden gelöst werden sollte. Bereits 1940 begannen Tötungen im großen Stil durch sogenannte Einsatzgruppen. Eindrücklichstes und furchtbarstes Symbol dieses **Holocaust** oder **Shoa** genannten Völkermords wurden aber die **Konzentrationslager**. Bereits ab 1933 hatte es diese Gefängnisse für politische Gefangene in Deutschland gegeben, in den eroberten Ostgebieten wurden nun im Krieg große Lager als Vernichtungslager gebaut, in denen die Menschen entweder sofort oder durch Arbeit

unter unmenschlichen Bedingungen getötet wurden. Die Deportationen in diese Lager aus dem ganzen Herrschaftsbereich der Nationalsozialisten begannen 1941. Die genaue Anzahl der Opfer ist nicht bekannt, doch liegen die meisten Schätzungen bei 6 Millionen Menschen – nicht nur, aber zum überwiegenden Teil Juden – die in den Konzentrationslagern ermordet wurden.

Gegen das Regime Hitlers gab es von Beginn an jedoch auch **Widerstand**. Eine weite Definition des Begriffes schließt viele Verhaltensweisen ein, vom aktiven Umsturzversuch hin zum Verstecken gesuchter Personen oder dem Verweigern des Hitlergrußes. Im engeren Sinn bedeutet Widerstand den Versuch, Hitler zu töten und das Hitlerregime zu beseitigen.

Dieser Widerstand gegen das Naziregime wurde durch mehrere Faktoren sehr erschwert. Zum einen war Hitler auf Grund seiner vermeintlichen Erfolge bei der Revision des Versailler Vertrags und der Bekämpfung der Wirtschaftskrise in weiten Teilen des Volkes populärer. Zum anderen wurden durch Überwachung und Bespitzelung viele Gruppen schnell entdeckt; die harten Strafen schreckten viele ab. Außerdem waren sich die verschiedenen Widerstandsgruppen nicht einig in ihren Zielen, Methoden oder Motivationen, so dass es kaum zu einer Kooperation zwischen den Gruppen kam.

Widerstand wurde von verschiedenen Gruppen geleistet, von politischen Gegnern wie den Kommunisten („Rote Kapelle“), den Sozialdemokraten, Jugendlichen („Edelweißpiraten“, „Swingjugend“), Vertretern der Kirchen (z.B. Dietrich Bonhoeffer), Studenten („Weiße Rose“) oder Einzeltätern wie Georg Elsner.

Der aussichtsreichste – weil bewaffnete – Widerstand wurde von Offizieren der Wehrmacht geleistet. Eine Gruppe, der Kreisauer Kreis, die sich aus hohen Offizieren, Politikern wie Goerdeler und Kirchenvertretern zusammensetzte, führte am **20. Juli 1944** ein **Attentat gegen Hitler** durch. Auf Grund einer Verkettung unglücklicher Umstände überlebte Hitler, und nach wenigen Stunden brach der Umsturzversuch zusammen, die meisten Verschwörer wurden verhaftet und hingerichtet.

Nicht nur Hitlers Innenpolitik, auch seine Außenpolitik war von 1933 an auf einen Krieg ausgelegt. In einer ersten Phase zog sich Hitler aus internationalen Verpflichtungen zurück, gab Deutschlands Sitz im Völkerbund auf, und betrieb eine einseitige Revision des Versailler Vertrags. Im Jahr 1936 hatte er das entmilitarisierte Rheinland wieder mit Truppen besetzen lassen, das Saarland war durch eine Volksabstimmung zu Deutschland zurückgekommen und die Wehrpflicht war wieder eingeführt worden. Hitlers außenpolitischer Kurs wurde dadurch begünstigt, dass alle großen europäischen Staaten und die USA mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu kämpfen hatten und Großbritannien mit seinem Kolonialreich, das sich langsam auflöste, zu tun hatte. So protestierten die ehemaligen Siegermächte des 1. Weltkriegs zwar gegen Hitlers Maßnahmen, ließen aber keine Taten folgen. 1936 änderte sich zudem die außenpolitische Lage für Hitler zum Guten, da Italien unter Mussolini das heutige Äthiopien angriff und sich damit gegen die Völkergemeinschaft stellte. Hitler konnte in dieser Situation durch offene Unterstützung Mussolinis Italien als Bündnispartner gewinnen, was sich in der „Achse Berlin-Rom“ manifestierte. Zudem hatte sich auch Japan mit einem Angriff auf China mit der internationalen Staatengemeinschaft überworfen, so dass Hitler hier durch die gemeinsame Gegnerschaft zur kommunistischen Sowjetunion Japan als Bündnispartner im sogenannten „Antikominternpakt“ gewinnen konnte.

1938 ging Hitler in seinen Forderungen über die Revision des Versailler Vertrags hinaus. Nachdem auf Druck Deutschlands hin der österreichische Kanzler Schuschnigg zurückgetreten war, marschierte die Wehrmacht in Österreich ein, und Hitler verkündete, unter dem Jubel der Bevölkerung, den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich.

Hitlers nächstes Ziel war die „Zerschlagung“ der tschechoslowakischen Republik. In den Randgebieten der Tschechoslowakei zu Deutschland lebte eine große Minderheit von Deutschen, die Sudetendeutschen. Nach 1919 waren diese Sudetendeutschen der Diskriminierung durch die Mehrheit ausgesetzt gewesen, und – auch unter Druck aus Deutschland – forderte die Sudetendeutsche Partei den Anschluss an das Deutsche Reich. Hitler wollte eigentlich ebenfalls hier die Wehrmacht einmarschieren lassen, um den gesamten Staat zu annektieren, aber auf Vermittlung Mussolinis kam es zu einer Konferenz in München. Vertreter von Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland beschlossen hier im **September 1938** die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland, verbunden mit einer Bestandsgarantie für den restlichen Staat. Dieses **Münchener Abkommen** war Ausdruck der britischen Appeasementpolitik (=Beschwichtigungspolitik). Ihr Hauptvertreter, der britische Premierminister Chamberlain, wollte durch Zugeständnisse an Hitler bei „berechtigten“ Forderungen die Nationalsozialisten von einem aggressiven Kurs abbringen und einen neuen Krieg verhindern, eine Fehleinschätzung. Bereits wenige Monate später erzwang Hitler den Rücktritt des tschechoslowakischen Regierungschefs, ließ die Wehrmacht in der „Resttschechei“ einmarschieren und verleibte dieses Gebiet als Protektorat Böhmen und Mähren dem deutschen Herrschaftsbereich ein. Die Slowakei wurde ein eigener, von Deutschland abhängiger Staat. Auch auf diesen Vertragsbruch reagierten die Westmächte nur mit Protest.

Hitlers nächstes Ziel war Polen. Auch dort gab es eine große deutsche Minderheit, die nach dem 1. Weltkrieg vom polnischen Staat diskriminiert wurde. Hier stellte Hitler ebenfalls Forderungen, die eine Konfrontation mit dem polnischen Staat herbeiführen sollten.

Um einen Vorwand zum Beginn eines Angriffs auf Polen zu bekommen, wurde ein deutscher Radiosender in der Grenzstadt Gleiwitz in Schlesien von SS-Angehörigen, die sich als Polen verkleidet hatten, überfallen. Darauf befahl Hitler am **1. September 1939** den Angriff der Wehrmacht auf Polen, der **Zweite Weltkrieg** hatte begonnen.

Hitler hatte in den Tagen vor dem Angriff auf Polen überraschenderweise einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, dem Todfeind aus ideologischer Sicht, geschlossen. Hitler hatte sich dadurch die Gefahr eines sofort beginnenden Zweifrontenkriegs vom Halse geschafft, Stalin hatte in einem geheimen Zusatzprotokoll die Hälfte des polnischen Staates zugesichert bekommen, wenn Deutschland Polen besiegen würde, und zudem bekam die Sowjetunion Zeit, aufzurüsten.

Die erste Phase des Zweiten Weltkriegs war geprägt von schnellen Siegen der deutschen Wehrmacht, den sogenannten „Blitzkriegen“. Zunächst wurde Polen besiegt, wobei Großbritannien und Frankreich trotz Kriegserklärung nichts Militärisches unternahmen. Dann unterwarf Deutschland 1940 die Beneluxstaaten und Frankreich, das sich teilte, in einen deutsch besetzten Norden und einen noch selbstständigen Süden, der aber mit den Deutschen zusammenarbeitete. Nachdem 1940 auch die skandinavischen Staaten Dänemark und Norwegen besetzt wurde, befand sich ganz West- und

Mitteleuropa bis auf Großbritannien unter der Kontrolle Hitlers, war mit ihm verbündet oder neutral. Um den italienischen Truppen zu Hilfe zu kommen und seine Südflanke zu sichern, ließ Hitler den Balkan und Griechenland erobern und schickte ein Expeditionskorps nach Nordafrika.

Im Sommer 1941 griff Deutschland dann die Sowjetunion an („Unternehmen Barbarossa“). Nach ersten Erfolgen kam der deutsche Vormarsch kurz vor Moskau zum Erliegen.

Im Dezember 1941 griffen japanische Kampfverbände die amerikanische Pazifikflotte im Hafen von Pearl Harbor auf Hawaii an, was die USA schließlich zum Kriegseintritt bewog.

1942 ordnete Hitler die Eroberung der wichtigen Industriestadt Stalingrad an, die neben ihrer strategischen Bedeutung auch eine symbolische auf Grund ihres Namens hatte. Die Schlacht um Stalingrad wurde zum endgültigen Wendepunkt des Krieges für Deutschland. In Stalingrad wurde eine ganze deutsche Armee eingeschlossen und musste kapitulieren, wobei Hitler einen Ausbruch und Rückzug ausdrücklich verboten hatte.

1943 landeten die Alliierten auf Sizilien, und Mussolini wurde in Italien gestürzt. Die Deutschen setzten ihn als Gegenregierung in dem von ihnen kontrollierten Teil Italiens wieder ein. Bei der Eroberung Norditaliens 1945 wurde Mussolini auf der Flucht gefasst und erschossen.

Am 6. Juni 1944 landeten die Alliierten in der Normandie, wonach es für Hitler keine Möglichkeit mehr gab, den Krieg militärisch zu gewinnen.

Am 30. April beging Hitler im eingeschlossenen Berlin Selbstmord. Wenige Tage später, am **8. Mai 1945** unterzeichnete Großadmiral Dönitz, der von Hitler eingesetzte Nachfolger als Oberbefehlshaber und Reichspräsident die **Gesamtkapitulation**. Damit war der Zweite Weltkrieg in Europa vorbei.

Der Krieg im Fernen Osten ging allerdings weiter, und erst nachdem die USA zwei – unter anderem mit deutschen Forschungsergebnissen fertiggestellte – Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abwarf, akzeptierte auch Japan am 15. August 1945 den Waffenstillstand.

3. Deutschland in der Zeit des Kalten Krieges

Nach der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland. In einer **Konferenz in Potsdam** sollte über das unmittelbare Schicksal Deutschlands entschieden werden. Die Vertreter von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion einigten sich darauf, Deutschland zunächst in Besatzungszonen aufzuteilen, zunächst drei, dann vier unter Hinzuziehung der Franzosen. Berlin sollte in vier Sektoren aufgeteilt werden. Die oberste Regierungsgewalt wurde von dem jeweiligen militärischen Oberkommandierenden ausgeübt, für gesamtdeutsche Entscheidungen war der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Zudem einigte man sich auf die „fünf Ds“:

Demontage: Dies betraf Kriegsschäden. Die jeweilige Siegermacht sollte aus ihrer Zone Reparationen entnehmen, in Form von Geldzahlungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und vor allem Abbau von Industrieanlagen.

Demilitarisierung: Deutschland sollte vollständig entwaffnet werden.

Dezentralisierung: die Struktur Deutschlands unter Hitler, in der in der Zentrale Berlin alle Fäden der Macht zusammenliefen, sollte zu Gunsten einer föderalen Struktur verändert werden. Eine Machtkonzentration sollte dadurch verhindert werden.

Denazifizierung und Demokratisierung: Die Vertreter des Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Ideologie sollten entfernt und durch einen demokratischen Staat und eine demokratische Gesinnung der Bevölkerung ersetzt werden. Hier zeigten sich die unvereinbaren Unterschiede zwischen den Alliierten, insbesondere zwischen den USA und der Sowjetunion, am deutlichsten. Während in der sowjetisch besetzten Zone die De- oder Entnazifizierung dazu benutzt wurde, das Land im sozialistischen Sinn umzustrukturieren, versuchten die Amerikaner in ihrer Zone eine groß angelegte Erfassung und Einstufung der Bevölkerung und eine Umerziehung im liberal-demokratischen Sinn. Eine wirklich flächendeckende Entnazifizierung scheiterte jedoch am bürokratischen Aufwand und der Solidarität der Betroffenen.

Von allen Siegermächten jedoch gemeinsam durchgeführt wurden **Prozesse in Nürnberg**, bewusst gewählt als ehemaliger Veranstaltungsort der Reichsparteitage. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess (20.11.1945 bis 1.10.1946) wurden 24 Partei- und Staatsfunktionäre sowie Organisationen wie die SS, die Reichswehr und die NSDAP angeklagt. Ihnen wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen den Frieden und Kriegsverbrechen vorgeworfen. In diesem Prozess, der das riesige Ausmaß der verbrecherischen Politik des „Dritten Reiches“ bekannt machte, wurden abgewogene Urteile gefällt. 12 der Angeklagten, unter ihnen Göring, wurden zum Tod verurteilt, 3 zu lebenslänglicher Haft, 4 zu Zeitstrafen und 3 wurden freigesprochen. Auch wurden nicht alle Organisationen als verbrecherisch eingestuft, nur das Führerkorps der NSDAP, die Gestapo, der SD und die SS. Der Hauptkriegsverbrecherprozess zog zahlreiche Nachfolgeprozesse, vor allem gegen Berufsgruppen wie etwa Ärzte oder Juristen nach sich. Doch es gab und gibt auch Kritik an den Nürnberger Prozessen. Alliierte Kriegsverbrechen wurden nicht geahndet, den Anklagepunkt „Verbrechen gegen den Frieden“ hatte es zuvor nicht gegeben, und zudem saßen hier die Sieger über die Besiegten zu Gericht. Insgesamt aber haben die Prozesse zur Weiterentwicklung des Völkerrechts beigetragen.

Ein weiterer Beschluss der Potsdamer Konferenz war die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Bereits ab 1944 waren viele Deutsche aus dem Osten vor der herannahenden Roten Armee geflohen, ab 1945 flüchteten viele Deutsche vor Schikanen und Racheakten, ab 1946 begann die planmäßige Vertreibung. Insgesamt wurden etwa 18 Millionen Deutsche aus dem europäischen Osten vertrieben, wobei während der **Flucht und Vertreibung** etwa 2 Millionen durch Strapazen und Übergriffe starben.

Unter Aufsicht der Siegermächte vollzog sich der politische Neubeginn in Deutschland. Als erste Verfassung eines deutschen Landes wurde die **bayerische Verfassung 1946** ausgearbeitet und nach Änderungen durch die amerikanische Besatzungsmacht und einen Volksentscheid in Kraft gesetzt.

Doch zeigte sich rasch, dass der beginnende Konflikt zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR die politische Entwicklung Deutschlands stark beeinflussen würde.

Die wirtschaftliche Situation war in Deutschland, aber auch im Rest Europas durch die Kriegsfolgen katastrophal. Um eine schnellere Stabilisierung Europas zu erreichen, beendeten die Westmächte auf Initiative der USA die Demontagen. Der amerikanische Marshall-Plan, benannt nach dem amerikanischen Außenminister, sah Kredite für europäische Staaten vor, um deren wirtschaftliche Situation zu verbessern und damit auch die Belastungen für die USA zu verringern und einen Markt für amerikanische Produkte zu schaffen. Die sowjetische Verwaltung lehnte die Gelder für ihre Zone ab, so dass

nur die Westzonen etwa 1,5 Milliarden Dollar an Hilfen bekamen, eine Voraussetzung für das spätere Wirtschaftswunder. Zudem legten die Westmächte USA und Großbritannien ihre Zonen zur Vereinfachung und besseren Koordinierung zusammen und bildeten die sogenannte Bi-Zone. 1948 schloss auch noch Frankreich seine Zone an, zur sogenannten Tri-Zone.

Um die wirtschaftliche Verbesserung weiter voranzutreiben und um Schwarzmarkt, Inflation und Zigarettenwährung ein Ende zu bereiten, wurde in den Westzonen am **21.6.1948** eine **Währungsreform** durchgeführt. Die Reichsmark wurde von der **Deutschen Mark** abgelöst. Die Reform ging vor allem zu Lasten der Kleinsparer, die die Lasten des Krieges zu tragen hatten, während Besitzer von Sachwerten oder Aktien die Gewinner der Reform darstellten. Geschäftsleute hatten vor der Währungsumstellung Waren gehortet, so dass nun volle Lager zur Verfügung standen und der Schwarzmarkt umgehend verschwand. Am **23.6.1948** führte die sowjetische Militäradministration in ihrer Zone eine Währungsreform mit **Einführung der Ost-Mark** durch. Die Frage, welche Währung in Berlin eingeführt werden sollte, nahmen die Sowjets zum Vorwand, einen Versuch zu beginnen, ganz Berlin dem sowjetischen Einflussbereich einzuverleiben. Sie unterbanden den Verkehr zu Wasser und zu Lande von und nach Berlin. Während dieser von Juni 1948 bis Mai 1949 dauernden Blockade versorgten die USA mit einer Luftbrücke, den sogenannten „Rosinenbomben“ Berlin und zeigten dadurch deutlich, dass sie dem sowjetischen Expansionswillen nun entschieden entgegentreten würden. Auch die Gründung der NATO im April 1949 zeigte die Frontstellung im beginnenden Kalten Krieg klar.

1947 war in München die letzte Ministerpräsidentenkonferenz aller Länder der vier Besatzungszonen gescheitert, im März 1948 trat der sowjetische Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat aus. Damit war eine gemeinsame Besatzungspolitik in den Zonen beendet, die staatliche Teilung Deutschlands zeichnete sich immer deutlicher ab. Am 1.7.1948 gaben die Alliierten mit den „Frankfurter Dokumenten“ den deutschen Ministerpräsidenten in den Westzonen den Auftrag, eine verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen. Diese Versammlung sollte eine Verfassung mit einer bundesstaatlichen und demokratischen Regierung und einer Garantie der Grundrechte des Einzelnen ausarbeiten.

Die deutschen Ministerpräsidenten wollten verhindern, dass diese Verfassung einer späteren gesamtdeutschen Einigung im Weg stand. Deswegen wurde die Verfassung als Provisorium angesehen und „**Grundgesetz**“ genannt, so wie auch der neue Weststaat Bundesrepublik Deutschland heißen sollte. Zudem wurde das „Grundgesetz“ nicht wie vorgesehen in einer Volksabstimmung von den Deutschen gebilligt, sondern von den Länderparlamenten. Auch sollte es für alle Deutschen gelten, auch die in der sowjetisch besetzten Zone.

Der zentrale Gedanke bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes war eine Verhinderung der Wiederkehr des Nationalsozialismus und einer Diktatur. Deswegen wurde der Bestand des Grundgesetzes und der Demokratie besonders gesichert in den unveränderlichen Prinzipien des Grundgesetzes, dem Schutz der Menschenwürde, der Demokratie, des Rechtsstaates, des Sozialstaates und des Bundesstaates. Parteien und Wahlen wurden in der Verfassung verankert und das Bundesverfassungsgericht als höchstes Rechtssprechungsorgan und als Wächter über das Grundgesetz eingerichtet. Am 23. Mai 1949 wurde die neue Verfassung von den deutschen Ländern angenommen und von den alliierten Militärgouverneuren genehmigt und trat am **23.5.1949** um 24 Uhr in Kraft. Allerdings war

Westdeutschland damit noch nicht vollständig souverän, die Alliierte Hohe Kommission behielt sich als Organ mit der obersten Regierungsgewalt einige Rechte vor.

Durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes war die **Gründung des deutschen Weststaates**, der **BRD** erfolgt. Am 9. Oktober setzte ein Gremium in der sowjetisch besetzten Zone, der Volksrat, eine für den Osten Deutschlands ausgearbeitete Verfassung in Kraft und gründete damit die **DDR**, die **Deutsche Demokratische Republik**. Die Verfassung war in Grundzügen bürgerlich-liberal, entsprach aber weitgehend nicht der Realität. Die DDR war ein sozialistischer Staat, eine von der Sowjetunion maßgeblich beeinflusste Diktatur, in der die Spitzen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) die Macht inne hatten. Nach der Gründung der DDR wurde der Umbau dieses Staates in einen politisch, sozial und wirtschaftlich am Vorbild der Sowjetunion orientierten verstärkt.

Durch die Gründung zweier deutscher Staaten entstand das Problem der nationalen Einheit der Deutschen, die **Deutsche Frage**, wieder neu. Erst 1990 konnte sie mit der Wiedervereinigung gelöst werden.

Beide deutsche Staaten integrierten sich in ihre jeweiligen Machtblöcke, die DDR in den von der Sowjetunion beherrschten Ostblock, die BRD in den Westen.

Diese Orientierung nach Westen und die damit verbundene **Westintegration** war eine zentrale politische Leitlinie des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, **Konrad Adenauer (1876 bis 1967, Kanzler von 1949 bis 1963)**. Adenauer, ehemaliger Oberbürgermeister von Köln und Mitglied der Zentrums- partei, wurde Vorsitzender der aus dem Zentrum hervorgegangenen CDU. Sein politisches Konzept sah die Westintegration als Mittel, um die deutsche Einheit zu erreichen. Nach seinen Vorstellungen konnte nur ein starker westdeutscher Staat in Verhandlungen erfolgreich sein.

Im Jahre 1955 erhielt die Bundesrepublik wieder eine Armee, die Bundeswehr, und wurde Mitglied des transatlantischen Verteidigungsbündnis des Westens, der **NATO** (North Atlantic Treaty Organisation). Dieses 1949 gegründete Bündnis, das bis heute besteht, hat sich die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens, der Demokratie, aber auch die Verteidigung der Mitglieder zum Ziel gesetzt. Mit dem Beitritt zu diesem Bündnis erhielt die BRD weitgehende Souveränität, mit Ausnahme des Notstands- falls und Gesamtdeutschland und Berlin betreffender Fragen, wozu auch ein endgültiger Friedensver- trag mit Deutschland zählte.

Während die westdeutschen Gebiete eine wirtschaftlich günstige Entwicklung nahmen, führten die De- montagen der Sowjets sowie die Umstrukturierung der Wirtschaft zur Planwirtschaft nach stalinisti- schem Vorbild zu einer verstärkten Not- und Mangelsituation in der DDR. Dies führte, zusammen mit der Unzufriedenheit über die sozialistische Diktatur, zu einem Streik der Arbeiter, der sich am **17. Juni 1953** rasch zu einem **Volksaufstand** gegen die Regierung in der DDR ausweitete. Die DDR-Führung rief die Sowjetunion zu Hilfe, und der Aufstand wurde mit Hilfe russischer Panzer blutig niedergeschla- gen. Als Symbol für den gesamtdeutschen Freiheits- und Einheitswillen war der 17. Juni bis 1990 Na- tionalfeiertag („Tag der Deutschen Einheit“) in der BRD.

Als Folge des missglückten Aufstands verstärkte sich die Fluchtbewegung aus dem Osten in die BRD, so dass sich die DDR-Führung gezwungen sah, ihre Bürger durch lückenlose Grenzbefestigungen am Verlassen des Landes in den Westen zu hindern. Im **August 1961** wurde das letzte Schlupfloch an der

deutsch-deutschen Grenze in Berlin durch den Bau einer Mauer geschlossen. Die **Berliner Mauer** wurde zum Symbol für die Abriegelung des europäischen Ostens und die deutsche Teilung.

4. Europa und die Welt in der Zeit des Ost-West-Konflikts

Bereits 1945 wurde die **UNO** als Nachfolgeorganisation des gescheiterten Völkerbundes gegründet. Diese Organisation hat sich als Ziele den Erhalt des Weltfriedens, die internationale Sicherheit, die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die internationale Entwicklung und Zusammenarbeit gesetzt. Ihre Grundprinzipien sind die Gleichheit aller Mitgliedsstaaten, Gewaltverzicht, Vertragstreue und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Heute umfasst die UNO mit knapp 200 Mitgliedern fast alle Staaten der Erde. Der Hauptsitz der UNO befindet sich in New York, wo neben der Vollversammlung auch der Sicherheitsrat tagt. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die USA, Russland (früher die Sowjetunion), China, Frankreich und Großbritannien besitzen allerdings ein Vetorecht, mit dem sie Beschlüsse der UNO verhindern können.

Doch trotz dieser Bemühungen, internationale Spaltungen zu überwinden, begann sich bereits während des Zweiten Weltkrieges der **Kalte Krieg** abzuzeichnen, die Auseinandersetzung zwischen der USA und der Sowjetunion und ihren politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich unvereinbaren Systemen. Der Kalte Krieg (die Bezeichnung „kalt“ soll zeigen, dass es nie zu einem direkten Kampf zwischen der USA und der Sowjetunion kam) endete erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1990 und der Auflösung der Sowjetunion 1991.

Zu Beginn des Kalten Krieges bildeten sich um die beiden Supermächte **Machtblöcke**, in die sich viele Staaten der Erde freiwillig oder gezwungenermaßen integrierten, und die sich feindlich gegenüber standen. Dem Verteidigungsbündnis der westeuropäischen Staaten, der NATO, setzten die Sowjets am **15. Mai 1955** den **Warschauer Pakt** entgegen. Dieses Bündnis, das ähnliche Ziele wie die NATO, nämlich den Beitrag zum Weltfrieden und die gegenseitige Unterstützung im Verteidigungsfall hatte, wurde allerdings auch im Inneren gegen antisozialistische Aufstände (z.B. in Ungarn oder der Tschechoslowakei) eingesetzt.

Neben dem Kalten Krieg, der Europa mit einem „Eisernen Vorhang“ durchzog und spaltete, gab es allerdings auch Bemühungen um eine **Einigung Europas**, die bis 1990 erzwungenermaßen nur den Westen Europas betrafen. Die Zielsetzung war eine Verhinderung eines künftigen Krieges und die Überwindung des Nationalismus. In der ersten Phase der europäischen Einigung standen die deutsch-französische Aussöhnung im Vordergrund sowie die Gründung gemeinsamer, vor allem wirtschaftlich orientierter Institutionen. Die ersten Organisationen, die EGKS, besser bekannt als Montanunion, die EURATOM und die EWG wurden 1967 zur EG, der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen, aus der 1992 die EU hervorgegangen ist.

Die deutsch-französische Aussöhnung fand ihren Ausdruck im **deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963**. Er vereinbarte regelmäßige Treffen der deutschen und französischen Regierungen zur Verbesserung der Beziehungen und Abstimmung der Interessen. Der Vertrag gilt als wichtiger Schritt auf dem Weg zum Ende der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“.

Der Kalte Krieg beschleunigte auch einen Prozess, der sich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abzeichnete, nämlich die Auflösung der Kolonialreiche und die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit. Dieser Prozess der Entkolonialisierung (auch Dekolonialisierung genannt) fällt vor allem in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Durch den Zweiten Weltkrieg waren die Kolonialmächte geschwächt, zudem hatten sich in den Kolonien selbstbewusste, gebildete Eliten gebildet, die nun die Umsetzung der Ideen des Selbstbestimmungsrechts der Völker forderten. 1947 wurde die britische Kronkolonie Indien unabhängig, in den 1940ern folgten viele Kolonien in Asien. Viele afrikanische Staaten wurden in den 1950ern und 1960ern unabhängig.

Die Unabhängigkeit bedeutete aber für viele Staaten keinen Anbruch einer Blütezeit. Wieder aufflackernde ethnische Konflikte, auch durch die willkürlichen Grenzziehungen der Kolonialzeit ausgelöst, Bürgerkriege, Militärrevolten, Überbevölkerung und Massenarmut stellten und stellen viele neue Nationen vor große Probleme.

Damit zusammenhängend trat ein weiteres Problem deutlich hervor, der sogenannte **Nord-Süd-Konflikt**. Nord und Süd sind hier nur vage und ungenaue geographische Angaben, da der Begriff das politische, soziale und vor allem wirtschaftliche Gefälle zwischen den Industriestaaten und den sogenannten Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bezeichnet. Symptome und gleichzeitig Ursachen dieser für den „Süden“ äußerst nachteiligen Situation sind starkes Wachstum der Bevölkerung bis hin zu Überbevölkerung, geringer Bildungsstandard, fehlende Industrialisierung, geringere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, Ausbeutung und Vernichtung von natürlichen Ressourcen, auch durch die Industrienationen, und ungünstige Handelsbedingungen.

Ein weiteres Problem der heutigen Zeit, das seine Wurzeln in der Vergangenheit hat, ist der sogenannte **Nahostkonflikt**. Dabei geht es um das Existenzrecht des Staates Israel und seine Beziehung zu den umliegenden arabischen Staaten sowie den Palästinensern. Die Gestalt eines eigenen palästinensischen Staates gehört ebenfalls mit dazu. Die Wurzeln dieses Problems reichen eigentlich bis in die Antike zurück, doch stellt die Einwanderung europäischer Juden am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in das damals vom Osmanischen Reich beherrschte Gebiet des antiken Palästina den Ausgangspunkt des heutigen Konflikts dar. Nach dem 1. Weltkrieg wurde den Briten 1920 die Verwaltung dieses Gebietes vom Völkerbund übertragen. 1947, nach arabischen Aufständen, übernahm der Völkerbund die direkte Kontrolle und beschloss, das Gebiet in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat zu teilen. Die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 veranlasste die arabischen Nachbarn zum Angriff auf Israel, was auch zu einer Vertreibung der arabischen Palästinenser aus dem jüdischen Staat führte und das bis heute bestehende Palästinenserproblem schuf. Bis heute wird Israel sein Existenzrecht von einigen seiner arabischen Nachbarn abgesprochen, was sich auch in mehreren Nahostkriegen äußerte.